



# Der rote Saurüssel

Unabhängiges Niedergerner SPD-Blatt

Nr. 09 September 1994

OV - Haiming

## Renate Schmidt exklusiv:



**Liebe Leserin,  
Liebe Leser!**

Mit dieser Ausgabe zur Wahl des Bayerischen Landtags am 25. September 1994 bittet die Haiminger SPD nicht nur um Aufmerksamkeit für unsere wichtigsten landespolitischen Ziele, sondern weist auch darauf hin, was sozialdemokratische Politik in Bayern für Haiming bedeutet.

Eine - nicht sehr feine, aber auch nicht einfach von der Hand zu weisende - Redensart besagt: Wer zahlt, schafft an. Für mich gilt nicht weni-

ger: Wer anschaffen will, muß auch bezahlen! Es darf nicht länger sein, daß in Bonn und München ein Gesetz ums andere beschlossen wird, das den Gemeinden finanzielle Lasten auferlegt, ohne daß sie auch die nötigen Mittel erhalten. Beispiel: Arbeitslosengeld und Arbeitslosenhilfe. Die CSU und ihr Vorsitzender Finanzminister Waigel, wollen durch den Abbau sozialer Leistungen nicht nur die gesellschaftliche Spaltung vertiefen, sondern treiben auch die Kommunen in zunehmende Verschuldung und damit in die Not, ihren eigentlichen Aufgaben nicht mehr

nachkommen zu können. Die bayerischen Wähler und Wählerinnen haben es am 25. September in der Hand, den staatspolitisch und demokratisch nötigen Wechsel in Bayern herbeizuführen. Damit wählen Sie nicht nur eine bessere Politik für Bayern und die Stärkung der Rückkehr sozialer und demokratischer

### Staatsschulden nicht auf Kommunen und Gemeinden abwälzen

Politik in der Bundesrepublik Deutschland, sondern sorgen nicht zuletzt dafür, daß auch in unserem Land Staatsschulden nicht länger auf die Städte und Gemeinden abgewälzt werden.

Über den Einsatz der Mittel zur Wirtschaftsförderung soll nicht in München, sondern vor Ort entschieden werden. Dort siedeln die vorrangigen Interessen und ist gebündelter Sachverstand versammelt. Um ihn zu nutzen, werden wir regionale "runde Tische" einrichten, an denen Arbeit-

**Fortsetzung Seite 4**

Wir gedenken

**Herrn Johann Schmidhuber**

Mitglied des SPD-Ortsvereins Haiming und mehr als 67 Jahre Mitglied der SPD

Haiming, im September 1994 SPD - Ortsverein Haiming

## Gute Gründe die SPD zu wählen

- wenn Sie nicht mehr wollen, daß Großkopferte in Bayern weiter Steuern geschenkt bekommen
- die Mieten und Abgaben weiter explodieren
- Ihr Geld bald nur noch für die Rückzahlung der vom Land aufgetürmten Schulden verwendet wird
- unsere Heimat weiterhin Privatbesitz der CSU bleibt
- wenn Sie wollen, daß endlich wieder etwas passiert und die abgewirtschaftete Amigo Herrschaft beendet wird

# DANN WÄHLEN SIE SPD!

### Liebe Leserinnen, Liebe Leser

nicht nur Kommunalpolitik, auch die "große" Politik nimmt Einfluß auf unser Leben. Deshalb haben wir uns entschlossen, vor den Wahlen die Bundes- und Landespolitik in dieser Ausgabe in den Vordergrund zu stellen.

Aber schon im nächsten "Roten Saurüssel" spielt Haiming wieder die Hauptrolle.

An dieser Stelle möchten wir Sie schon jetzt bitten, schreiben Sie oder rufen Sie uns an. Anregungen oder Kritiken zu diesem Blatt oder zur Gemeindepolitik sind willkommen.

Die Haiminger SPD wünscht beim Lesen viel Spaß und denken Sie daran, die SPD ist ein Kreuz wert.

Ihre  
**Evelyn Sommer**

# SPD setzt auf neue Energiepolitik

## Statt Atompolitik: Förderung erneuerbarer Energien

Niederaichbach ein kleines Dorf in der Nähe von Landshut. Hier spielt sich seit etwa sieben Jahren etwas ganz Einmaliges ab: Erstmals wird ein ausgedientes Kernkraftwerk abgewrackt, ein wegen der radioaktiv verstrahlten Bauteile besonders schwieriges und vor allem auch kostenträchtiges Unternehmen. Die Rechnung von einigen hundert Millionen erhöht sich allerdings noch beträchtlich um die Baukosten in Milliardenhöhe, da das Kraftwerk nur wenige Tage Strom produzierte, offensichtlich also eine Fehlkonstruktion war.

### Sündteure Atomruinen

Wer das alles bezahlt, werden Sie fragen. Ganz einfach: Sie selbst als Steuerzahler, da der Staatshaushalt daran mit riesigen Summen beteiligt ist. Und Niederaichbach ist nicht das einzige milliarden schwere Atomgrab. Die Liste läßt sich durchaus fortsetzen: Schneller Brüter in Kalkar, Hochtemperaturreaktor Hamm, WAA usw. Aber nicht nur in diese gescheiterten Experimente flossen Milliarden von Steuergeldern, auch bei allen laufenden Atomkraftwerken ist der Staat an den Kosten beteiligt.

### Offene Rechnung für Atom- müll

Und dann behaupten die Verfechter des Atomstroms, in vorderster Linie die CSU und bayerische Staatsregierung, immer noch, es handle sich dabei um die sauberste und billigste Energieform. Dies ist auch deshalb falsch, weil in der jetzigen Rechnung die Kosten für die Entsorgung abgebrannter Uranbrennstäbe wie auch für den Abriß der Kernkraftwerke nicht enthalten sind. Dafür sind weitere Milliarden erforderlich. Und zudem weiß man bis heute nicht, wo dieser hochgefährliche, strahlende Atom-  
müll endgelagert werden soll.

Angesichts solcher Kosten und Probleme ist es Zeit, die staatliche Förderung auf umweltfreundliche, erneuerbare Energien zu richten? Aber hier zeigen sich CDU/CSU, FDP und bayerische Staatsregierung bislang überaus zögerlich und zugeknöpft.

### SPD: Weniger Schadstoffe bei der Energieerzeugung

Während die CSU weiter den Ausbau der Atomenergie verfolgt, will die SPD in Bayern die Wende in der Energiepolitik: Sie setzt dabei folgende Schwerpunkte:

**Energiesparen**, z.B. durch verstärkte staatliche Förderung der Wärmedämmung.

**Blockheizkraftwerke**, die durch Kraft-Wärme-Kopplung die eingesetzte Primärenergie (z..B. Erdgas) doppelt so gut nutzen wie Großkraftwerke.

**Regenerative Energien** - Beispielsweise soll die Einführung von Solarenergieanlagen vom Freistaat massiv gefördert werden.

Geringerer Energieaufwand beim Heizen und beim Warmwasser und Einsatz erneuerbarer Energien - nur damit läßt sich der Schadstoffausstoß bei der Energieerzeugung und damit die Umweltbelastung verringern. Atomstrom ist mit seiner Jahrtausende strahlenden Hinterlassenschaft keine Alternative!



Impressum:

**SPD OV - Haiming**

**Redaktion + Texte:**

Evelyn Sommer/Moosen  
Heinz Besier/Haiming  
Max Fischer/Winklham

**Gestaltung:**

Peter Sommer/Moosen



# "An ihrer Sozialpolitik werdet ihr sie erkennen"

## Kirchen unterstützen voll die Position der SPD

Ständig liest man, ach die Parteien sind eh' alle gleich - so ein Schmarren! So wie die Parteien mit den Menschen umgehen, kann der Unterschied nicht größer sein! Die Bibel abgewandelt könnte man also sagen: an ihrer Sozialpolitik werdet ihr sie erkennen, wie ernst sie es nehmen mit der Christlichkeit, der Menschlichkeit und der Gerechtigkeit, z.B. bei dem was einem der Staat aus dem Geldbeutel nimmt.

Es ist schon interessant, wenn die evangelische und katholische Kirche gemeinsam ein Papier ausgearbeitet haben (pikanterweise sollte es erst nach der Bundestagswahl bekannt werden!), das zum Ärger der sogenannten christlichen Parteien die jetzige Sozialpolitik massiv kritisiert und in wesentlichen Passagen wörtlich von der SPD stammen könnte.

### Wir wollen Arbeit finanzieren statt Arbeitslosigkeit.

116.000.000 Mark kostet es allein die Arbeitslosigkeit zu verwalten. Die SPD will den Firmen, die Arbeitsplätze schaffen steuerliche Anreize bieten. 50.000 neue zukunftsträchtige Arbeitsplätze hat Renate Schmidt in Bayern versprochen, durch Konzentration der Mittel auf Energietechnologie, den Mittelstand sowie Forschung und Entwicklung.-

Wir wollen 250 DM pro Monat für jedes Kind und nicht mehr Kindergeld für die Kinder der Wohlhabenden. Wenn bei der jetzt gültigen Regelung ein Einkommen von z.B. 50.000 DM zu versteuern ist, ist ein

Bayern 20 Milliarden Mark und bundesweit 130 Milliarden Mark Schaden verursachten. (SZ vom 26.6.93). Dazu der Bayer. Oberste Rechnungshof: Betriebsführung und Kontrollfunktion können nicht annähernd erfüllt werden. Wir wollen nicht die Reichen

Der SPD-Landtagskandidat  
Liste 2, Platz 229

## Helmut Wagner

DGB-Rechtssekretär  
Arbeits- und Sozialrecht

" damit's gerechter zugeht bei uns in Bayern "



Kinderfreibetrag von 5.000 DM 1206 DM wert. Bei 200.000 DM dagegen 2364 DM, also exakt 96 Prozent mehr.

Wir wollen nicht, wie Finanzminister Waigel, die Langzeitarbeitslosen zu Sozialhilfeempfänger abstempeln, die jahrzehntelang Arbeitslosenversicherung gezahlt haben. Waigel treibt damit unter anderem auch die Kommunen in den Ruin.

Wir wollen gegen die Wirtschaftsteuerkriminellen und Subventionsbetreiber vorgehen, die 1992 allein in

und Superreichen mit zusätzlichen Steuergeschenken verwöhnen wie die FDP.

### Wir wollen Solidarität!

Wir wollen nicht, daß der normale Lohnsteuerzahler wie bisher die alleinige Last der deutschen Einheit tragen muß. Wir wollen nicht, daß die Löcher im Staatssäckel nur mit dem Geld der finanziell Schwachen gestopft wird.

Kommentar der deutschen Bischöfe: "Die soziale Symmetrie (muß) beachtet werden, denn auch die starken Schultern müssen die Lasten mittragen."

Der SPD-Bezirkstagskandidat  
Liste 2, Platz 217

## Michael Schoßböck

Verwaltungsangestellter in der Ruperti-Werkstätte  
Juso-Kreisvorsitzender

" Mehr Demokratie in Bayern "



## SPD-Verkehrspolitik für den Landkreis

Notwendige verkehrspolitische Ziele für die Menschen und Industrie des Landkreises.

- Zweigleisiger Ausbau der Bahnlinie Mühldorf-München
- Ausreichende Förderung des öffentlichen Nahverkehrs und Vernetzung der Linien
- Bau der Autobahn A94

Die CSU regiert in Bayern seit fast 40 Jahren und in Bonn seit 13 Jahren. Und Regierungen und die sie tragenden Mehrheiten in den Parlamenten bestimmen die Politik. Die CSU hat es nicht fertiggebracht, den notwendigen Bau der A 94 zu bewerkstelligen.

## Der Verteilungskampf hat erst begonnen!

Die Wirtschaftskrise der vergangenen zwei Jahre und die Angst vor dem Verlust des Arbeitsplatzes wurden und werden von CDU/CSU der FDP und der Wirtschaft brutal benutzt, um eine Desozialisierung unserer Gesellschaft voranzutreiben, soll heißen, die eh' schon Reichen werden immer schamloser auf Kosten der Übrigen begünstigt, der Lohn gekürzt, die Kaufkraft geschmälert, die Arbeitszeit verlängert und die Menschen diszipliniert.



## Tieffluggebiete über Bayern

Von der CSU befürwortete Nachttiefflugkorridore über Bayern

Diese Karte wurde in der Hamburger Zeitung "Die Woche" veröffentlicht. Geplant sind Nachttiefflüge in den eingezeichneten Korridoren von Kampfflugzeugen in Höhe von 300 m ab 1. Januar 1995.

Versehentlich sind diese Pläne vor der bayerischen Landtagswahl bekannt geworden.

### Fortsetzung von Seite 1

geber und Arbeitnehmer, Verbände, Wissenschaft und kommunale Stellen gemeinsam beschließen, was für Ihre Region am besten ist.

Unsere Wirtschaftspolitik wird nicht in erster Linie den industriellen Unternehmens- und Anteilseignern weitere Vorteile verschaffen, sondern den Beschäftigten in den Unternehmen, den Selbstständigen, Handwerkern, kleinen und mittelständischen Betrieben Fortschritte bringen.

Ohne Menschen mit der richtigen Bildung und Ausbildung müssen alle Bemühungen um die ökologische Modernisierung der Wirtschaft scheitern. Wir werden deshalb die Lehrpläne entrümpeln, das bayerische Schulsystem demokratisieren und pädago-

### Lehrpläne entrümpeln, Klassen klein halten

gisch unverträglich große Klassen verkleinern, berufliche und schulische Bildung und Ausbildung enger verzahnen und Fachhochschulen und Hochschulen den Bedürfnissen der Studierenden anpassen. In allen Ausbildungs- und Bildungsgängen sollen der Erwerb und das Einüben von Schlüsselqualifikationen - Kreativität, soziales Verantwortungsbewußtsein und -bereitschaft, Teamfähigkeit, Lernfähigkeit - Vorrang vor bloßer Wissensanhäufung erhalten.

Wir wollen einen Staat in einer Umwelt, in der unsere Kinder und wir auch morgen sicher und gesund leben können. Das Mittel dazu heißt ökologische Marktwirtschaft und flächendeckender Natur- und Landschaftsschutz; sie leisten zweierlei:

### Natürliche Lebensgrundlagen bewahren, Arbeitsplätze schaffen

- Bewahrung der natürlichen Lebensgrundlagen
- Schaffung neuer, zukunftsträchtiger Arbeitsplätze auf dem Wachstumsmarkt der Umwelttechnologien

Ökologische Marktwirtschaft verlangt nach einer ökologischen Steuerreform. Das heißt:

- Steuerliche Entlastung menschlicher Arbeit
- Steuerliche Belastung umweltschädigender Energie- und Materialverbrauchs
- Anreize zur Entwicklung und Markteinführung umweltschonender Produkte und Produktionsverfahren

### Lieber Leser, liebe Leserin!

Diese Zeitung haben Mitglieder des SPD-Ortsverein Hainings in ihrer Freizeit und aus persönlichem Antrieb für Sie gemacht. Sie wenden dafür Zeit, Mühe und nicht zuletzt ihr eigenes Geld auf, weil sie überzeugt sind, daß unser Gemeinwesen diesen Einsatz wert ist und ihn braucht. Dieses Motiv stand am Anfang sozialdemokratischer Politik vor weit über einem Jahrhundert - es gilt auch heute noch unverändert.

## Die Glosse

Sie haben es vielleicht noch nicht gewußt, aber intensive Beobachtungen des politischen Geschehens beweisen es eindeutig. In Wirklichkeit wird die Politik im Freistaat nicht von der staatstragenden Mehrheitspartei bestimmt, sondern von der Opposition. Zumindest immer dann, wenn etwas nicht so ganz hinhaut und der Unmut in der Bevölkerung laut wird.

Nun könnte man ja daher gehen und denken, das sind Träume der Opposition oder gar Sozi-Spinnereien. Schön wär's. Man braucht sich nur mal Forderungen dieser Partei anzusehen: Mehr Einsatz für die Bauern! Mehr Sicherheit und Ordnung! Und leise Stimmen aus einer kleinen Damenriege: Mehr Kinderbetreuung! Toll kann man da nur sagen. Aber an wen richten sich diese Forderungen? Diese große Partei kann es nicht sein. Seit 40 Jahren allein an der Macht könnte sie ja wenn sie denn wollte. Aber, nein. Diese Forderungen richten sich an die Opposition. Denn die verhindert all diese schönen Sachen.

Ein anderes eklatantes Beispiel aus unserer Region. Die A 94. Also es gibt einen positiven Bundestagsbeschluß, die Landtagsmehrheit hat sich dafür ausgesprochen, aber wird die Autobahn nun gebaut? Nein! Es gibt noch nicht mal eine Trasse. Da scheint es in der Staatskanzlei eine ganz ungewöhnliche Haltung zum Minderheitenschutz zu geben. Oder warum bauen sie nicht? Sonst ist die CSU nicht so zimperlich beim Umsetzen ihrer Interessen gewesen. Was also soll all das Lamentieren. Da schleicht sich der Verdacht ein - die wollen gar nicht bauen - aber zugeben wollen sie es auch nicht.

Vertrauen Sie dem Bewußtsein sozialer Verantwortung, aus dem heraus Sozialdemokraten und Sozialdemokratinnen politisch tätig werden. vertrauen Sie Ihren Kandidaten Helmut Wagner für den Landtag und Michael Schoßböck für den Bezirkstag und geben Sie ihnen Ihre Stimme. Damit geben Sie Ihre Stimme überall in Bayern auch mir.

Ihre

*Renate Schmidt*